

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 27 (1986)
Heft: 11

Artikel: Umweltzerstörung als Staatsgeheimnis : sozialistische Staaten benebeln in jedem Sinn ihre eigene Bevölkerung
Autor: Arnd, Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093442>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umweltzerstörung als Staatsgeheimnis

Das Wort «Umweltschutz» gehört zu den neueren Wörtern der deutschen Sprache. Es wurde erst seit 1970 im Deutschen heimisch. So jung das Wort auch ist, so tiefgreifende Auswirkungen hat es in den westlichen Indu-

striestaaten auf die politische Landschaft — nach Tschernobyl um so mehr. Und in den sozialistischen Staaten? Der Umweltschutz wird dort immer noch als überflüssiger Luxus betrachtet.

Die Tschechoslowakei nimmt einen Spitzenplatz unter den umweltgeschädigten Ländern ein. Abgestorbene Wälder im Erzgebirge stehen als Zeichen für eine verpasste Umweltpolitik.

Saure CSSR

Den Hauptfaktor in der Schadstoffbelastung stellt zweifellos die Primärenergieerzeugung dar, die wesentlich auf der Förderung und Verwendung von Braunkohle beruht. Ein Ost-West-Vergleich in der Entwicklung des Energieverbrauches seit 1973 zeigt in den westlichen Industriestaaten eine Abnahme, in allen Ostblockstaaten dagegen eine drastische Zunahme des fossilen Energieverbrauches. Die vorhande-

nen Kraftwerke, die Zusammensetzung und Verteilung der Rohstoffvorkommen sowie die industrielle Infrastruktur der ČSSR zwingen jedoch weitgehend zur Beibehaltung der bisherigen Energie- und Kohleförderpolitik.

Mit der Förderung im nordböhmischen Braunkohlerevier werden 70 Prozent der Stromerzeugung der ČSSR getätigt. Erschwerend kommt hinzu, dass qualitativ gute Braunkohle exportiert werden muss und nur vergleichsweise minderwertige Qualitäten zur eigenen Energieerzeugung verwendet werden.

Die ungebremste Luftverschmutzung wird sich im Trend noch verstärken: Die aus hiesiger Sicht abbauwürdigen, weil qualitativ akzeptablen Kohlevorkommen werden bis zum Jahr 2000 erschöpft sein. Wegen der damit vorgege-

benen relativ geringen niedrigen Einsatzzeit für Entschwefelungsanlagen besteht daher bei den Verantwortlichen keine erhöhte Bereitschaft für entsprechende Investitionen.

Zum sauren Regen kommt der saure Boden: Auf längere Sicht ist die Wasserversorgung in weiten Gebieten der ČSSR durch die Industriebelastung und die exzessive Anwendung von Kunstdünger in der Landwirtschaft gefährdet. Von den insgesamt 25 000 Kilometern Flussläufen sind 7000 hochgradig verschmutzt.

Angesichts des gegenwärtig ablaufenden Umde- und Umstrukturierungsprozesses in der europäischen Chemieindustrie bleibt für die ČSSR nur noch der Exportmarkt mit solchen Produkten, deren Herstellung im Westen wegen der strengeren Umweltschutzaufgaben unattraktiv geworden ist.

Soviel zu einigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Umweltkatastrophe in der ČSSR. Die Frage stellt sich, wie es dazu kommen kann, dass die staatlich gelenkte Wirtschaft derart unangefochten funktionieren kann? Sie kann es, weil die Behörden im Sowjetlager ganz allgemein eine menschenverachtende Politik betreiben und sich nicht veranlassen sehen, über ihr Tun zu informieren (siehe Tschernobyl). Abgesehen davon, dass beispielsweise in der ČSSR die Erfassung der Umweltschäden noch in den Kinderschuhen steckt, ist die Umweltstatistik ausdrücklich zum Staatsgeheimnis erklärt worden. Und dies, obwohl (oder weil?) die Lebenserwartung im Industriegebiet Nordböhmen um zehn Jahre niedriger, die Kindersterblichkeit hier um 15 Prozent höher als im Landesdurchschnitt liegt.



Der Förster in seinem Wald: «Das Leben in der Natur» gibt es für ihn nur noch als TV-Reportage. (dikobraz, Prag)

Polen: irreparabel verreckt

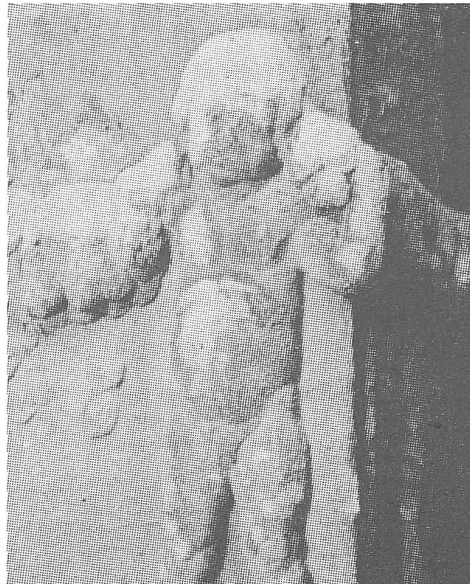
Auf die Verschmutzung in Polen weisen katholische Zeitungen und Untergrundpublikationen hin. Die Ostseeküste ist so verreckt, dass neunzehn Bäder wegen Seuchengefahr geschlossen wurden, vor allem in der Danziger Bucht, dem Stettiner Haff sowie in der Oder- und der Weichselmündung. 35 Kurorte, vornehmlich in Schlesien, wurden geschlossen. Hauptgrund: Waldsterben und Verschmutzung der Gebirgsflüsse, die so stark ist, dass Trinkwasser rationiert und mit Tankwagen geliefert wird. Die Zeitung «Katolik» berichtet, dass nur 10 Prozent der Flüsse sauberes Wasser führen. 13 Prozent der grössten Seen seien «irreparabel verreckt», geradezu Kloaken. Lediglich 15 Prozent der Kläranlagen seien noch brauchbar. Laut «Katolik» fehlen 7000 Kläranlagen. Nicht besser sieht es laut «Slowo Powszechno» mit den Filteranlagen der Industrie aus. Die meisten stammen aus der Vorkriegszeit; von ihnen sind knapp zwei Drittel nicht intakt.

Das KP-Organ «Trybuna Ludu» schreibt, dass wegen der Umweltverschmutzung und der forcierten Kohleförderung in Ost-Oberschlesien ganze Wohnviertel abbruchreif seien. Doch könnten die Bewohner nicht umgesiedelt werden, weil es zuwenig Wohnungen gebe. Und das Kattowitzer KP-Blatt «Trybuna Robotnicza» fügt hinzu: «Oberschlesien steht vor einer ökologischen Katastrophe!»

In Polen gibt es seit kurzer Zeit einen Umweltschutzminister und eine Umweltschutzliga, die



Vergiftete Tannen im Erzgebirge.



Smog-Schäden am Neuen Rathaus in Leipzig.

aber gegen die Industrie machtlos sind. Es gibt auch staatliche Kontrollen, aber «Slowo Powszechno» berichtet: «Die Behörden stellen höchst ungern Strafanträge, weil höchstens fünf Prozent der Prozesse mit einem Schuldspruch ausgehen.» Und die Bussgelder stünden in keinem Verhältnis zu den Schäden.

Man weiss, dass im oberschlesischen Industriegebiet die Zahl der Krebserkrankungen hoch ist, ebenso die Kindersterblichkeit, die Zahl der Geburten geistig kranker Kinder und die der Fehlgeburten. Doch eine Besserung der Lage ist nicht absehbar; dazu fehlt es an Geld.

Ausserdem: Ein System, dessen Hauptinteresse der eigenen Erhaltung dient, kann kaum Kraft übrigen, auch das Land zu erhalten.

Polen hat die schlimmste Luftverschmutzung in Europa. Auch die Gewässer, der Boden und die Lebensmittel sind in vielen Gebieten des Landes durch Abgase und Abwässer der Industrie und der Städte weitgehend vergiftet. Zu diesem Ergebnis kamen Fachleute der polnischen Akademie der Wissenschaften in einem Bericht, der von der Zeitung «Zycie Warszawy» zitiert wurde.

DDR-Bürger leben kürzer

In der DDR haben Wissenschaftler in einer internen Studie errechnet, dass sich die Lebenserwartung der DDR-Bürger um durchschnittlich vier Jahre erhöhen würde, falls die Luftverschmutzung allein in den Hauptbelastungsgebieten um die Hälfte reduziert würde. Dann würden sich die Krebserkrankungen um einen Viertel verringern, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen um bis zu 20 Prozent.

Nach aussen hin freilich darf das alles nicht so sein. Dass die Krankenstatistik alarmierend ist, schreibt die Ost-Berliner Illustrierte «Für Dich», liege an den Leuten selbst: Sie rauchten einfach zuviel. Die Risiken durch den Dreck in

der Luft seien dagegen «vergleichsweise verschwindend gering».

Mit solcher Schönfärberei versuchen die SED-Propagandisten auch das Waldsterben wegzureden. Mit knapp drei Millionen Hektaren ist die DDR einer der waldreichsten Staaten Europas. Doch öffentliche Statistiken über das Waldsterben gibt es nicht; nicht einmal der Begriff findet sich im neuesten DDR-Wörterbuch der Gegenwartssprache.

Offiziell gibt es seit dem 16. November 1982 in der DDR keine Umweltsorgen mehr. Damals verabschiedete der Ministerrat eine «Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten». Damit verschärfte die SED frühere Weisungen, Umweltfragen herunterzuspielen.

Die Öffentlichkeit hat von diesen Regelungen bisher offiziell nichts erfahren: Kein DDR-Bürger (und schon gar nicht der Klassenfeind) soll mehr die sozialistische Umweltpolitik kritisieren können. Ein internes Agitationspapier der SED zeigt, welche Sorge die Partei plagt:

«Wir haben ganz allgemein ein gewachsenes Umweltbewusstsein zu verzeichnen ... Die Bevölkerung achtet darauf, was in Luft, Wasser, Boden gelangt.»

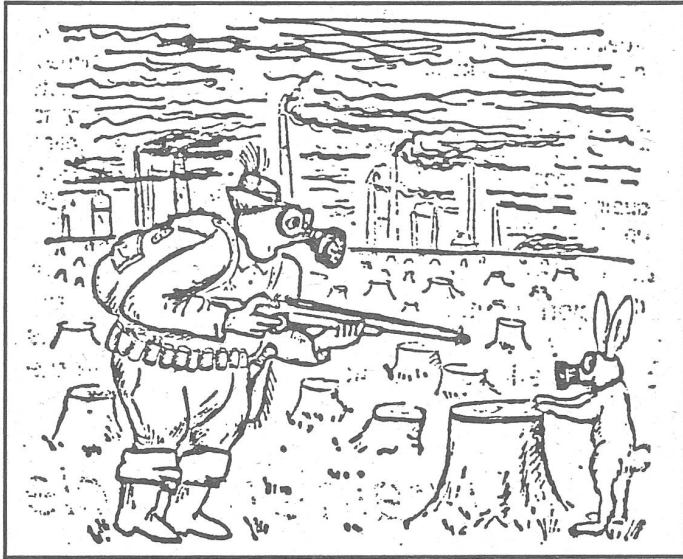
In Leuna ist den Bewohnern der Arbeitersiedlung bis heute unbekannt, dass sie Obst oder Gemüse aus den eigenen Gärten nicht essen dürften: sie enthalten Kadmium, Quecksilber und andere Schwermetalle – bis zu 150mal mehr, als die menschliche Gesundheit gerade noch verkraftet. Die verantwortlichen Parteigenossen halten die Untersuchungsergebnisse unter Verschluss. Sie selbst allerdings sind vorsichtig: In ihren Gärten wächst nur Rasen.

Die Kurzsichtigkeit der DDR-Politik zeigt heute katastrophale Folgen.

Im ganzen Land leiden Mensch und Tier unter den Schadstoffen in der Luft, ist das Ökosystem gefährdet, zerfrisst die Korrosion historische Gebäude, nagt sie an Wohnhäusern und Betrieben. Nicht allein Schwefeldioxid, das gelbe Gift, macht Betroffenen und Ärzten zu schaffen, auch andere Schadstoffe bereiten Kopfschmerzen: In Freiberg, zwischen Dresden und Karl-Marx-Stadt, speit das Bergbau- und Hüttenkombinat «Albert Funk» so viel Blei und Arsen aus, dass sich Spuren davon im Urin und in Haarproben von elfjährigen Schülern nachweisen liessen. Ärzte rieten den Eltern zu prüfen, «ob sie sich nicht verändern wollten».

Kooperativ – mit wem?

Von den Vertretern einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wird immer wieder behauptet, dass nur der Sozialismus in der Lage sei, ein prinzipiell neues, kooperatives Verhältnis zu der im Kapitalismus aus Profitgier rücksichtslos vernutzten und überbeanspruchten Natur zu schaffen. Der West-Berliner Agraringenieur Karl Hohmann hat am Beispiel der DDR untersucht, wie es um dieses «neue Verhältnis



Umwelt-Karikatur der «Literaturnaja Gaset», Moskau, 7. 5. 1986.

Das Bild erschien zwei Wochen nach der Katastrophe von Tschernobyl, nimmt aber sicher keinen Bezug darauf. Die «Havarie» wurde damals noch kaum traktandiert, und die Wochenzeitung war schon früher abgesetzt worden.

zwischen Gesellschaftsordnung und Umwelt» in der Realität bestellt ist.

Für seine Untersuchung hat der Autor ausschliesslich DDR-Publikationen ausgewertet. Die rigoros industrialisierte Landwirtschaft führt zum Beispiel dazu, «dass es heute nur noch etwa ein Zehntel der vor 15 Jahren existierenden Kriechtierarten gibt», dass in der DDR von den über 600 in der «roten Liste» erfassten Pflanzenarten 25 als ausgestorben und doppelt so viele als verschollen gelten und dass mehr als 40 Prozent aller Ackerwildpflanzen (Unkräuter) als in ihrem Bestand gefährdet eingestuft werden.

Die Untersuchung von Karl Hohmann, die in diesem Frühjahr erscheint, kommt aufgrund DDR-eigener Recherchen zum Schluss, dass durch die industriemässige Agrarproduktion in Ostdeutschland Umweltschäden verursacht worden sind, «die offensichtlich weit über das hinausgehen, was in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern der Landwirtschaft an Umweltbelastungen zum Vorwurf gemacht wird».

Jugoslawen wehren sich

Das sozialistische Jugoslawien sieht sich neuerdings einer grösser werdenden Bevölkerungsgruppe gegenüber, die sich auch gegen die wirtschaftlichen Interessen des Landes immer stärker für den Umweltschutz engagiert.

In der Stadt Pancevo kämpfen Bürger mit der Parole «Wir wollen Parks und keinen Smog» für den Erhalt zahlreicher alter Bäume im Zentrum, die einem Verkehrsknotenpunkt weichen sollen. In der Republik Montenegro müssen sich die Behörden mit Umweltschützern auseinandersetzen, die durch den Bau eines Wasserkraftwerkes die weltberühmte Taraschlucht mit ihren über tausend Meter hohen Felswänden zerstört sehen. Selbst in Belgrad wehren sich die Einwohner gegen die Luftverpestung durch eine nahe den Wohngebieten liegende Fabrik. Hier sollen etwa 200 Klagen vor Gericht liegen.

Bisher fristete der Umweltschutz in Jugoslawien wie in anderen sozialistischen Ländern ein kümmerliches Dasein. Der Schutz der Natur hatte sich vollkommen der Industrieproduktion unterzuordnen. Pannen und Unacht-

samkeit sorgten ebenso wie lasche Vorschriften, minimale Geldstrafen und geringe Kontrollen immer wieder für grössere Umweltkatastrophen. Vor einigen Monaten erregte zum Beispiel die Meldung kaum Aufsehen, eines der grössten europäischen Feuchtgebiete, die 50 000 Hektaren grosse Sumpflandschaft «Kopacki rit» zwischen den Flüssen Donau und Drau, sei durch giftige Abwässer «für Jahrhunderte» zerstört worden. Im Sommer 1985 lösten Giftstoffe im Fluss Neretva nach Zeitungsmeldungen «eine ökologische Katastrophe» aus. Nach Schätzungen sollen mehr als 40 Prozent der reichen jugoslawischen Wasservorräte in Flüssen und Seen bereits bis zur Unbrauchbarkeit verunreinigt sein.

Als besonders verschmutzte Region des Landes gilt die in Böslien-Herzegowina gelegene Stadt Zenica. Die Verunreinigung mache «ein normales Leben unmöglich», behaupten die Einwohner.

Die Schadstoffmengen sprechen in diesem Zentrum der jugoslawischen Hüttenindustrie eine deutliche Sprache: 75 000 Tonnen Schwefeldioxide, 11 000 Tonnen Staub, 85 Milliarden Kubikmeter Rauchgas im Jahr und 1300 Kilogramm Blei-, Zink-, Arsen- und Kadmiumpartikel belasten Herz und Kreislauf. Die Konzentration von Schwefeldioxid erreicht in Spitzenzeiten den achtzehnfachen Wert der zugelassenen Schadstoffmenge. Die Folgen: Drei von vier Rentnern sind in Zenica heute bereits krank, jedes Kind im Vorschulalter muss durchschnittlich sechsmal im Jahr einen Arzt aufsuchen. «Wir atmen nur durch die Kiemen», heisst es im Volksmund. Neben der Luftverschmutzung ist auch das Wasser des Flusses Bosna unterhalb der Stadt durch die Produktion von Kohle und Stahl bedenklich verunreinigt.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

4½% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1986

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

Bekenntnisse des «Vorwärts»

«Warum ist die Umwelt in den Ländern mit sozialistischer Gesellschaftsordnung nicht besser dran? Tatsache ist, dass in vielen Bereichen die Umweltverschmutzung in den vergleichbaren sozialistischen Ländern mit hohem Industrialisierungsgrad ebenso ausgeprägt, wenn nicht noch ausgeprägter ist als in den kapitalistischen Industriestaaten. Dies gilt zum Beispiel für die Belastung von Luft und Gewässern... Die Länder des realen Sozialismus haben die Umwelt bisher zuwenig berücksichtigt...»

Dies ist nachzulesen nicht etwa in einer Publikation, die dem realen Sozialismus distanziert gegenübersteht, sondern im «Vorwärts» (5. 1. 8194), dem offiziellen Organ der kommunistischen Partei der Arbeit der Schweiz.

UdSSR mit Umweltschutzgesetz

Aus dem Mutterland des realen Sozialismus, aus der Sowjetunion, sind solche Bekenntnisse äusserst selten zu lesen. Über die Jahre hinweg finden sich im Archiv unter dem Stichwort «Sowjetunion, Umweltschutz» nur wenige Zeitungsnotizen. «Waldschäden in der Umgebung der Stadt Togliatti», Flussverseuchung in der Ukraine», «Umweltprobleme» lauten die Titel von kleinen Zeitungsnotizen in sowjetischen Blättern. Dabei handelt es sich dann allerdings um Schäden in der Grössenordnung von «mehreren tausend Hektaren Wald der Wolga entlang», die erheblichen Schaden genommen haben, von 4,5 Millionen Kubikmeter Salzlauge, die aus einer Deponie im Gebiet von Lwow (Lemberg) in den Fluss Dnjestr stömten und ihn auf einer Länge von nicht weniger als 500 Kilometern verseuchten, oder um gravierende Gesundheitsschäden für 1,5 Millionen Men-

schen im Kusnezsk-Becken, einem wichtigen Kohle- und Chemiegebiet im Südwesten Sibiriens.

Im Sowjetreich haben Massnahmen zum Umweltschutz Gesetzeskraft erhalten, und sie sind in der 1977 in Kraft getretenen neuen Verfassung verankert. In Artikel 18 steht in Amtsrussisch geschrieben: «Im Interesse der heutigen und der kommenden Generation werden in der UdSSR die erforderlichen Massnahmen zum Schutz und zur wissenschaftlich begründeten rationellen Nutzung des Bodens und der Bodenschätze, der Wasserressourcen, der Pflanzen- und Tierwelt, zur Reinerhaltung der Luft und des Wassers, zur Gewährleistung der Reproduktion der Naturreichtümer und zur Verbesserung der Umwelt des Menschen getroffen.» Wie es demgegenüber tatsächlich aussieht, ist aus dem ZeitBild-Bericht in Nr. 3/1986 zu erfahren.



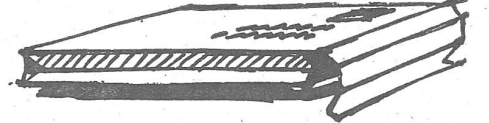
Fest steht: Die Umweltverschmutzung ist nicht nur ein Übel in den «kapitalistischen» Ländern, wie es in der Propaganda Moskaus heisst. Sie nimmt als Folge der rücksichtslosen Eingriffe in die Natur und der Nichtbeachtung des Umweltschutzgesetzes aus dem Jahre 1977 auch und besonders im Mutterland des realen Sozialismus, in der Sowjetunion, immer katastrophalere Formen an.

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt deshalb möglich, weil die eigene Bevölkerung in den sozialistischen Staaten über die Situation im unklaren gelassen wird und weil sie praktisch keine Gelegenheit hat, ihre Anliegen zu formulieren.

Ulrich Arnd

Rivoli - MAXI - Taschen

aus 150 gr. zähem Kraftpapier, braun ungebleicht = umweltschonend
Mit 40 mm Boden- und Seitenfalten.



Ein Kleinpaket in 10 Sekunden fertig.
Inhalt bis 40 mm dick einschieben, Schutzband abheben und zudrücken!

Exklusiv von Rivoli

Preis pro Stück: ab	100	500	1000
C4 (229x324)	-49	-44	-39
B4 (250x353)	-54	-49	-44

Gratismuster bei Ihrer Druckerei oder durch

Rivoli-COUVERTS
4411 Seltisberg BL / Tel. 061 · 96 95 93



Bestellschein für ZEITBILD

Ich bestelle ein Jahresabonnement ZeitBild zu Fr. 46.—
(Ausland sFr. 50.—/DM 60.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name

Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an ZeitBild, Postfach, CH-3000 Bern 6

11/86



Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt»
der Berliner AVUS

«Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schießen.»

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM -50 pro Stück (ab 10 Stück -40) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206-604, «Russland-und-wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.